

Werner Ginzinger

Ideen zu einer verantwortungsvolleren Politik

Linz, Mai 2020

1 Einleitung

Zahlreiche Publikationen weisen auf verschiedenste Probleme unserer bisherigen Wirtschafts- und Lebensweise hin. Diese reichen vom Klimawandel bis zu Entwicklungen in Richtung einer totalitären digitalen Überwachung oder auch einer steigenden, die Demokratie untergrabenden Einkommens- und Vermögensungleichheit. Dieser Aufsatz versucht, neue korrigierende Ansätze für einen nachhaltigen Wandel der Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft in die politische Debatte einzubringen.

Dabei geht es nicht um die Realisierung eines utopischen Paradieses sondern um die Abwendung von Gefahren. Trotzdem kann die eine oder andere Änderung zum Teil eine neue Form von Lebensqualität bringen. Weil sich Träume von einer idealen Gesellschaft jedoch nur zu oft als Alpträume entpuppt haben, sollte man einerseits in Bezug auf das Individuum die ambivalenten Seiten der menschlichen Natur berücksichtigen, andererseits aber auch kein perfektes Ordnungssystem anstreben, sondern sich mit einem praktikablen Pragmatismus begnügen.

Leider gibt jedoch zwischen den hier präsentierten Vorschlägen viele Verknüpfungen und Rückkopplungen. Daher lässt sich so manches nicht einfach unabhängig von anderem ändern und muss gleichzeitig oder aufeinander abgestimmt angegangen werden, was die Sache zugegebenermaßen nicht leichter macht. Die Alternative, einfach wie bisher weiter zu machen, führt allerdings mit Gewissheit in den Abgrund.

2 Ein paar launige Bemerkungen zur Lage

Der Fokus dieses Textes soll auf neuen Lösungsvorschlägen liegen. Ab und zu ist es jedoch trotzdem notwendig bei weit verbreiteten Gegenwartsdiagnosen das eine oder andere zurechtzurücken.

In der Klimatologie sind die Divergenzen in den Prognosen je nach verwendetem mathematischen Modell oder den oft nur abgeschätzten Eingangsparametern enorm. Zum Teil bewegen sich die Unsicherheiten im Bereich von weit mehr als einer Zehnerpotenz. Trotzdem ist diese Forschung sehr wichtig und dient im ständigen Abgleich mit Messdaten aus der Realität der Erarbeitung eines verbesserten langfristigen Verständnisses der komplexer Zusammenhänge. Durch Unstimmigkeiten können wir dadurch nämlich eventuell auf wesentliche bisher übersehene Aspekte stoßen.

Zum Problem wird das Ganze erst dadurch, dass diese Grundlagenforschung finanziell von einer Politik abhängig ist, die dem Geiste einer zum Teil sehr riskanten Optimierungslogik im Wirtschaftsbereich erlegen ist. In der Ökonomie wird seit längerem versucht, durch statistische Methoden Kosten verursachende Puffer wie z. B. Lagerbestände zu minimieren oder auf Teufel komm raus Skaleneffekte etc. auszureizen. Dass dies zu Lasten der Versorgungssicherheit oder der generellen Systemresilienz geht, hat sich nicht zuletzt in der Pandemie 2020 gezeigt.

Die enorme Komplexität und die Nichtlinearität der für das Klima maßgeblichen Systeme führt dazu, dass die künftige Entwicklung mit so extremen Unsicherheiten behaftet ist, dass eine quantitative Berechnung von erlaubten Treibhausgasausstößen zur Erreichung bestimmter klimatischer Zielgrößen eigentlich seriös nicht geleistet werden kann. So weit ist sogenannten Klimaskeptikern recht zu geben.

Es gibt jedoch zwei entscheidende Argumente für die Forderung nach einer weitgehenden Beendigung der CO₂-Emissionen. Zum einen ist der sogenannte Treibhauseffekt und seine grundlegenden Mechanismen wissenschaftlich hervorragend abgesichert, zum anderen deuten die meteorologischen Daten aus den letzten Dekaden nicht darauf hin, dass wir uns Richtung Eiszeit bewegen, sondern stark

in die Gegenrichtung. Solange sich diese Befunde nicht ändern, haben wir jeden Grund zu entschiedenem Handeln.

Im Zuge der Corona-Pandemie 2020 zeigte sich, dass eine ungehemmte Globalisierung, deren angeblicher „komperativer Kostenvorteil durch weltweite Arbeitsteilung“ in Wahrheit großteils auf unfairen Unterschieden hinsichtlich der Löhne sowie der Sozial- und Umweltstandards beruht, zum Bumerang werden kann. Die von manchen Volkswirtschaftlern in diesem Zusammenhang zur Verteidigung angeführte niedrigere Produktivität rechtfertigt das Ausmaß des beobachteten Lohngefälles nicht. Hätten die Lohnunterschiede nur die unterschiedliche Produktivität ausgeglichen, wäre es nicht zu einer derart massiven Abwanderung von Produktionskapazitäten aus Westeuropa gekommen. Ungerechte Gewinne durch Ausbeutung waren der Grund für die Auslagerung zunächst nach Osteuropa, dann vermehrt nach Fernost. Neben der Ausnutzung eines unfairen Lohnniveaus beruhen die Kostenvorteile trotz oft extrem langer Transportwege häufig auf geradezu verbrecherischen Nachlässigkeiten im Arbeitnehmer- oder Umweltschutz. Nun gibt es schon seit einiger Zeit Warnzeichen dahingehend, dass eine allzu geringe Zahl an Anbietern, aber auch eine zu starke geographische Konzentration der Produktion die Versorgungssicherheit auch abseits von Krisen untergräbt. Ein funktionierendes Handelsnetz hat sicherlich seine Berechtigung, denn es erlaubt im Katastrophenfall einen Ausfall durch Lieferungen aus anderen Weltregionen zu kompensieren. Das kann aber nur funktionieren, wenn jede Region genügend Diversität und gewisse Reserven in seinen Produktionskapazitäten besitzt, also nicht „durchoptimiert“ ist. Das in der Makroökonomie oft zitierte Modell nach Ricardo unterschlägt aber nicht nur Sicherheitsaspekte, sondern auch soziale und ökologische Verwerfungen.

Chinas „Sozialkreditsystem“ führt deutlich vor Augen, dass neue Technologien in sehr problematischer Weise eingesetzt werden können. Aber auch Google, Facebook, Amazon und Co arbeiten in Richtung einer neuartigen zentralistischen Planwirtschaft auf Basis von „Big Data“. Über diverse Apps auf Smartphones, oder über Siri und Alexa hat „Big Brother/Big Sister“ bei vielen bereits Einzug gehalten. Der Skandal um Cambridge Analytica erlaubte es, eine leise Vorahnung davon zu bekommen, wie künftig eine technische Überwachung der Bevölkerung mit medialer Manipulation verbunden werden könnte. Ob dies nun von Geheimdiensten (Stichwort NSA) oder fragwürdigen Transhumanisten aus dem Silicon Valley umgesetzt wird, dürfte am Ende sekundär sein.

Es ist schon jetzt klar, dass die massive Nutzung von Smartphones gerade bei jungen Menschen viele ungünstige psychische Nebenwirkungen hat. Trotzdem wird der weitere Mobilnetzausbau (Richtung 5G) mit öffentlichen Mitteln stark forciert, obwohl etwa die langfristigen Folgen durch die Strahlenbelastung kaum abgeschätzt werden können.

Bei vielen Gegenständen erhöht eine Netzwerkanbindung die Vulnerabilität in unverhältnismäßigem Ausmaß, das dem Nutzen gegenüber meist kaum zu rechtfertigen ist. Außerdem sind die Auswirkungen auf Robustheit und Produktlebensdauer gewöhnlich negativ, weshalb der oftmals beschworene Aufbau eines „Internets der Dinge“ zumindest unter den derzeitigen Rahmenbedingungen mehr Schaden als Nutzen anrichten würde.

3 Demographische Herausforderungen

Obwohl dieser Punkt eigentlich auch zur Beschreibung der Lage gehört, sei der problematischen Entwicklung der Weltbevölkerung eine eigene Überschrift gewährt, nicht zuletzt, weil das Ganze für viele unter das Tabu einer oftmals unhinterfragt übernommenen „political correctness“ fällt. Es ist zwar richtig, dass sich das Thema leicht für populistische oder gar rechtsextreme Propaganda

missbrauchen lässt, die Fakten und ihre Folgen werden aber durch Verschweigen nicht aus der Welt geschafft. Im Gegenteil, die fehlende seriöse Auseinandersetzung ist mitschuld daran, dass sich die Situation in den letzten 30 Jahren massiv verschlimmert hat und eine echt humane Lösung immer schwieriger wird.

Im Gegensatz zu den Thesen von Thomas Malthus hat sich nämlich gezeigt, dass das Erreichen eines gewissen Wohlstands in der Regel von einem demographischen Übergang mit starkem Rückgang in den Fertilitätsraten begleitet ist. Armut und mangelnde Bildung sind paradoxer Weise, statistisch gesehen, nachweislich Treiber im Hinblick auf Bevölkerungszuwächse. Paradox deshalb, weil man ja vermuten könnte, mehr Ressourcen und Möglichkeiten zur Versorgung würden den Kinderwunsch erhöhen und nicht umgekehrt. In Notzeiten dient aber gerade beim Fehlen oder Versagen des Wohlfahrtsstaates die Familie quasi als Sozialversicherungsersatz und Kinder werden zur individuellen Investition in die Altersvorsorge. Hohe Kindersterblichkeit wird in diesem Zusammenhang übrigens in der Regel überkompensiert.

Um günstig an Rohstoffe zu gelangen, damit Europa seinen eigenen Bedarf nach herkömmlicher Wachstumslogik decken kann und was den Export betrifft, unter den gegenwärtigen Bedingungen auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig bleibt, wurden und werden fragwürdige Geschäfte mit brutalen Machthabern oder korrupten Eliten gemacht. Daneben kommt es trotz viel beschworener Werte immer wieder zu Waffenlieferungen in Konfliktregionen.

Über verstärkte Migrationsbewegungen von vielen in der Folge völlig perspektivlosen jungen Menschen etwa aus Afrika, beginnt das Problem allmählich direkt bei uns an die Tür zu klopfen. Der Aufwand, um die Verzweifelten davon abzuhalten, massenhaft in die Wohlstandregionen zu drängen, steigt stetig. Aber selbst wenn es auf Dauer gelänge, sich mit militärischen Mitteln vom Elend abzuschotten, könnten den Gegenden mit unzähligen Unglücklichen, die oft ohne hinreichende Hygiene und Gesundheitsversorgung auf engstem Raum leben, etwa Bedrohungen durch Seuchen entspringen, die vor Grenzen nicht halt machen. Nicht zu vergessen sei, dass zum Beispiel Pakistan und Indien über Atomwaffen verfügen, oder dass die Abholzungen des Amazonas oder Kongobeckens am gesamten Weltklima kaum spurlos vorübergehen. Selbst wenn sich reichere Länder mit überlegener Waffentechnik einen Gutteil der Ressourcen sichern könnten, würden sie höchstwahrscheinlich doch durch Verteilungskonflikte unter den anderen indirekt in Mitleidenschaft gezogen. Es ist eine Illusion, dass man langfristig unbeschadet inmitten eines Meeres von Elend als Wohlfahrtsinsel, die breite dort ansässige Schichten einbezieht, bestehen könne.

Andererseits muss aber doch gesagt werden, dass eine vollständige Öffnung aller Grenzen ohne vorherige Änderung der Rahmenbedingungen und der Schaffung glaubhafter Perspektiven in den bislang benachteiligten Regionen zu einem gewaltigen Ansturm führen würde, der etwa das europäische Sozialstaatsmodell durch Überlastung vernichten würde, ohne dass die Mehrheit der jetzt Ausgeschlossenen langfristig irgendeinen substantiellen Vorteil davon hätte. Es wäre dann relativ bald eben so, dass auch im Norden nur mehr eine kleine Elite gut leben würde.

Außerdem würde der Bedarf der Ankommenden die schon jetzt – zum Großteil allerdings aus anderen Gründen – beängstigend fortschreitende Bodenversiegelung anheizen. Im kleinen Österreich wurde in den Jahren unmittelbar vor 2020 jährlich etwa die Fläche von Eisenstadt zubetoniert, auch wenn die Ursachen, wie gesagt, bislang allenfalls zu einem Bruchteil mit der Migration zu tun hatten. Die oftmals vorgeschlagene Verdichtung im Wohnbau gerät in Zeiten des Klimawandels auch an Grenzen. Das Stichwort dazu lautet urbane Hitzeinseln. Trotzdem hat Europa, allein schon aufgrund der historischen Mitverantwortung an der globalen Lage, die moralische Verpflichtung eine gewisse Zahl an Flüchtenden aus humanitären Gründen aufzunehmen.

Von 1920 bis 2020 hat sich die Weltbevölkerung in etwa vervierfacht. Das heißt aber auch, dass der bei halbwegs fairer Verteilung pro Nase zustehende nachhaltige ökologische Fußabdruck auf ein Viertel geschrumpft ist. Sollten in der Forschung keine sensationellen Fortschritte erzielt werden, wird es bei weiterem Bevölkerungswachstum im derzeitigen Ausmaß immer schwieriger, dass eine humane Wende zu ökologischer Nachhaltigkeit erreicht wird. Zusätzlich wird durch den Klimawandel die bewohnbare und die landwirtschaftlich nutzbare Fläche höchstwahrscheinlich schrumpfen.

Allerdings ist das Problem nicht mit paternalistischer Entwicklungshilfe in den Griff zu bekommen, sondern nur mit fairen, auf den Nachholbedarf Rücksicht nehmenden Wirtschaftsbeziehungen. Die von der europäischen Union forcierten „economic partnership agreements“ (EPAs) gehen aber wieder einmal trotz der euphemistischen Benennung deutlich in die falsche Richtung.

4 Resiliente Gestaltung der Weltwirtschaft

Aus dem eben Dargelegten folgt, dass es eigentlich ein Gebot der Vernunft wäre, die globalen Handelsbeziehungen rasch neu zu gestalten. Die bisherige Freihandelsdoktrin, welche die teilweise ausbeuterischen Exzesse erlaubt hat, muss rasch und zum Teil auch einseitig durch Verpflichtung zu menschenrechtskonformem Fair Trade ersetzt werden. Zum Teil einseitig, da auf der Gegenseite ja, wie vorhin erwähnt, manchmal skrupellose Eliten das Sagen haben. Abkommen die diesem Ziel entgegenstehen, sind für ungültig zu erklären. Donald Trump hat die prinzipielle Machbarkeit eines unilateralen Vorgehens in einer allerdings definitiv missbräuchlichen Weise vorexerziert.

Mit gewissen Übergangsfristen sollten in diesem Zusammenhang geeignete Mindeststandards für alle Produkte entlang der gesamten Wertschöpfungskette bis hin zu den Rohstoffen und für alle Dienstleistungen am europäischen Binnenmarkt implementiert werden, die jegliches Sozial- und Umweltdumping innereuropäisch aber auch im Austausch mit dem Rest der Welt unterbinden. Natürlich können sich bisherige Handelspartner zum Teil weigern, darauf einzugehen. In diesem Fall müssen die Handelsbeziehungen gesetzlich stark eingeschränkt bzw. mit Strafzöllen belegt werden. Dies würde zum einen bei nicht wirklich notwendigem Luxus die Nachfrage reduzieren, was durch mediale Ächtung verstärkt werden könnte. Zum anderen würde bei wichtigen Gütern der Aufbau alternativer Beschaffungsmöglichkeiten oder die Suche nach Ersatzprodukten gefördert. Zugegebenermaßen ist die dazu notwendige Änderung der EU-Verträge extrem schwierig zu erreichen. Allen EU-skeptischen Globalisierungskritikern sei allerdings ins Stammbuch geschrieben, dass die meisten Mitgliedstaaten keine Chance hätten, ähnliches erfolgreich im Alleingang umzusetzen.

Neben der Unterbindung unfairer Bedingungen im Welthandel sollte die europäische Außenpolitik generell unterstützend dahingehend wirken, dass alle größeren Wirtschaftsräume dieser Welt (also nicht nur Europa) sich in essentiellen Bereichen weitgehend selbst versorgen können. Sollte durch verschiedene Umstände selbst bei im Prinzip fairem Handel in lebenswichtigen Bereichen eine unzureichende Wettbewerbsfähigkeit für die Erhaltung oder den Aufbau sinnvoller Produktionskapazitäten bestehen, so sollen diese durch Subventionen gestützt und durch Einfuhrzölle geschützt werden dürfen. Auch in diesem Punkt setzen die vorhin erwähnten EPAs genau die falschen Prioritäten. Benachteiligte Regionen sollen für die Eigenversorgung noch mehr als bisher stark ermäßigten oder kostenlosen Zugang zu Patentlizenzen etc. erhalten. Entwicklungshilfe im klassischen Sinn sollte erst nach all dem quasi zur Abrundung einer schon zuvor partnerschaftlichen Wirtschaftsbeziehung als Ausgleich für vergangenes Unrecht dienen und nicht wie momentan weitgehend als bloßes Feigenblatt.

Durch Einrechnung und Abgeltung aller Umweltneben- und folgekosten des Verkehrs soll der Fernhandel gegenüber der regionalen Versorgung unattraktiver gemacht werden. Allerdings ist dabei,

wie bereits angedeutet, darauf zu achten, dass ein Transportsektor mit vernünftigen Kapazitäten überlebensfähig und einsatzbereit bleibt, damit im Falle von großen Katastrophen rasch eine Mindestversorgung durch Lieferungen aus anderen Weltregionen gewährleistet werden kann. Es gilt eine dem Wohle aller Menschen und der Umwelt möglichst gut abgestimmte geographische Verteilung der Güterherstellung zu fördern.

Überdies sind in Form eines überarbeiteten sehr strengen Kartellrechts, das gegebenenfalls auch realistisch durchsetzbare Zerschlagungen vorsieht, Maßnahmen gegen regionale Marktdominanzen weniger oder gar nur einzelner Anbieter zu ergreifen. In Sektoren oder Bereichen, wo innerhalb eines bestimmten Wirtschaftsraumes Oligo- oder Monopole sinnvoll erscheinen, ist die Wahrung von Gemeinwohlinteressen durch spezielle Organisationsformen (z. B. öffentlicher Träger oder gemeinnützige Genossenschaft etc.) zu gewährleisten.

Wenn man nicht regulatorisch eingreift und die Spielregeln für alle dauerhaft ändert, werden sich viele nach kurzer Zeit von den während der Corona-Pandemie 2020 vereinzelt gelobten Änderungen in der Beschaffung hin zu mehr regionalen Strukturen wieder abwenden. Im Wettbewerb werden sich wieder weitgehend die Rücksichtslosen mit ihren Dumpingstrategien durchsetzen. Die Verantwortungsbewussteren werden dann entweder nachziehen oder die Zeit bis zur nächsten Krise finanziell nicht überleben.

5 Versorgungssicherung durch Suffizienz

Unter den Umständen unserer gegenwärtigen Verhältnisse würden die eben gemachten Vorschläge aber einen drastischen Einbruch in der Lebensqualität in Europa bringen, da sich durch die Maßnahmen die sogenannten „Terms of Trade“ sprich unsere Kaufkraft auf Rohstoff- und anderen internationalen Märkten massiv verschlechtern würden. Wir könnten uns einen fairen Welthandel bei unserem derzeitigen Bedarf quasi gar nicht leisten. Die oben ins Spiel gebrachten Übergangsfristen sollten daher nicht nur einer Reorganisation der Lieferketten und dem gleichzeitigen Aufbau einer Kaufkraft in den derzeitigen Billiglohnländern dienen, sondern auch einer systematischen Absenkung des Bedarfes.

Es gab in den letzten Jahren unter dem Schlagwort „geplante Obsoleszenz“ immer wieder Debatten darüber, ob nicht Hersteller die Produktlebensdauer absichtlich reduzieren würden. Nun besitzt eine solche Unterstellung einen verschwörungstheoretischen Beigeschmack und in den meisten Fällen ist eine betrügerische Intention nicht einmal ansatzweise nachzuweisen. Deshalb bevorzuge ich neuerdings die Verwendung von Begriffen, wie verfrühte, vorzeitige etc. Obsoleszenz. Denn unabhängig von der Motivation ist nicht zu leugnen, dass heutige Produkte nicht so gestaltet sind, dass sie ihren Zweck solange erfüllen, wie unter vernünftigem Herstellungsaufwand und zu leistbaren Mehrkosten technisch durchaus gut realisierbar wäre.

Neben der Robustheit sollte auch die Reparierbarkeit massiv gefördert werden. Die Hersteller sollten zum Beispiel in die Pflicht genommen werden, möglichst viele leicht erhältliche Normbestandteile (Schrauben etc.) einzusetzen oder ausführliche Reparaturanleitungen, Schaltpläne etc. im Netz in geeigneten Repositorien zu hinterlegen und so zeitlich unbefristet zugänglich zu machen. Neben zwingenden Mindeststandards in Produktzulassungsbestimmungen sollte durch öffentlich geförderte, jedoch vom direkten politischen Einfluss möglichst unabhängigen, strengen Anti-Korruptionsbestimmungen unterliegenden Konsumenteninformationseinrichtungen ausführliche fachgerechte Tests durchgeführt und die Ergebnisse frei zugänglich veröffentlicht werden. Dadurch soll für die Kunden jene Markttransparenz verbessert werden, die in liberalen Theorien oft einfach als ohnehin existierend postuliert wird, und ein Wettbewerbsdruck Richtung Nachhaltigkeit aufgebaut werden, wobei bei

manchen Gerätschaften natürlich auch der Energieverbrauch in der Verwendung als Kriterium heranzuziehen ist, wie es in verbesserungswürdiger Weise schon derzeit manchmal der Fall ist. Allerdings ist für einen fairen Vergleich dem sicherlich auch wichtigen Parameter des monatlichen Verbrauchs im Zuge der Benutzung in einer zusätzlichen Rubrik der Energiebedarf während der Herstellung zuzuschlagen, und zwar anteilmäßig unter Berücksichtigung der zu erwartenden Durchschnittsproduktlebenszeit.

Gerade im Bereich elektronischer Geräte gibt es jedoch immer wieder Innovationen, die Begehrlichkeiten nach einem neuen Modell wecken. Auch wenn so manches der Werbung und einem gesellschaftlichen Klima, das Geltungskonsum fördert, geschuldet ist, ab und zu bringen Neuerungen unter Umständen tatsächlich einen Mehrwert. In diesem Zusammenhang sollte die Aufrüstbarkeit deutlich verbessert werden. Als Beispiel, das zumindest ansatzweise in die richtige Richtung weist, sei in diesem Zusammenhang das modular aufgebaute Fairphone erwähnt.

Erst wenn alles andere ausgeschöpft ist, soll die Recyclierbarkeit als letzter Nachhaltigkeitsaspekt für die Umwelt wirklich schlagend werden, obwohl dieser natürlich schon von Beginn an in die Gesamtbeurteilung einfließen muss. Aber selbst dabei sollte in vielen Fällen eine Wiederverwendbarkeit von kompletten Bestandteilen gegenüber einer energetisch praktisch immer aufwendigeren stofflichen Verwertbarkeit bevorzugt werden. Im Produktdesign sollte eine möglichst einfache und gute „Ausschlachtbarkeit“ dadurch gefördert werden, dass dies im Zuge der Produktzulassung bei der Festsetzung einer beim Verkauf einzuhebenden Entsorgungsgebühr besonders berücksichtigt wird.

Der manchmal vorgebrachte Lösungsansatz in Form von Miet- und Servicemodellen bietet jedoch keine befriedigende Lösung. Um bei Herstellern einen intrinsischen Anreiz zu langlebigen, gut reparierbaren und rezyklierbaren Produkten zu generieren, wird manchmal vorgeschlagen, dass in Hinkunft zum Beispiel nur noch das „Service der Bereitstellung einer funktionierenden Waschmaschine“ anstelle des Gerätes selbst verkauft werden sollte. Da Erhaltung, Ersatz durch ein Neugerät und korrekte Wiederverwertung des Altgerätes die Kosten des gleichzeitig herstellenden Dienstleisters beeinflussen würde, gehen die Befürworter dieses Konzeptes, zum Teil berechtigterweise davon aus, dass nicht nur die Herstellung sondern der gesamte Produktlebenszyklus optimiert würde. Allerdings gibt es doch etliche schwerwiegende Nachteile des Ansatzes. So ist der Konsument in seinen Möglichkeiten drastisch eingeschränkt, wenn er etwa plötzlich ein Gerät abweichend von der üblichen Nutzung verwenden möchte, um z. B. Stoffe mit speziellen Reagenzien in der Maschine zu behandeln, denen der Hersteller aus mehr oder weniger berechtigten Vorsichtgründen nicht zustimmen will. Es gäbe auch bei der individuellen Umgestaltung, etwa der Umlackierung oder eigenmächtigen Bemalung eines Autos etc., ständig Probleme. Abgesehen davon gibt es Personen, die generell mit Gegenständen achtsamer umgehen als andere. Dies könnte nicht nur zu weiteren Konflikten zwischen Bereitsteller und Kunden führen, sondern auch dazu, dass sorgsamere Konsumenten wegen der statistischen Kostenkalkulation des Dienstleisters die Achtlosigkeit anderer zumindest zum Teil mittragen müssten, wodurch persönliche Verhaltensanreize verloren gehen könnten. Wirtschaftlich gesehen würde der Reparatur- und Dienstleistungssektor total in die Hände des Produktionssektors fallen. Es würde also die lokale Reparatur- und Servicebranche noch stärker meist größeren global agierenden Herstellern ausgeliefert. Dies ist zum Teil bei autorisierten Vertragswerkstätten der Autobranche schon zu beobachten, wo die Lizenznehmer regelmäßig ausgebeutet werden. Bei neuen Modellen wird nicht selten durch nötiges überteuertes Spezialwerkzeug, Wucher beim Zugang zu Reparaturanleitungen oder Schulungen ordentlich abkassiert. Es besteht also die Gefahr, dass gewisse Obsoleszenzkosten erst recht an Vertragspartner abgewälzt würden. Die eben beschriebene Tendenz zu Spezialwerkzeug und Zugangsbeschränkungen bei Reparaturanleitungen ist gesamtgesellschaftlich gesehen keineswegs

vorteilhaft. Für den einzelnen Verbraucher wäre es wünschenswerter, dass er z. B. eine Schraube oder Scheinwerferbirne rasch und einfach durch ein überall erhältliches Normteil ersetzen kann. Auch durch diese Aspekte der Exklusivbindung wird die individuelle Anpassung an neue Bedürfnisse erschwert. Wie man sieht bringt eine bloße Umstellung auf ein Miet- und Servicemodell bei langfristigen Konsumgütern ohne weitere Regulierungen noch keine befriedigende Lösung, schafft aber neue Probleme. Der Ansatz ist außerdem nicht im Sinne einer möglichst dezentralen lokalen Wirtschaft, sondern stärkt den Einfluss der meist kapitalbedingt ohnehin großen global agierenden Industrie. Bei selten oder wenig genutzten Gütern (z. B. Bauwerkzeugen, etc.) machen Sharing- und Mietmodelle natürlich Sinn, allerdings halte ich es auch hier für besser, wenn diese unabhängig vom Hersteller über vollkommen eigenständige Dienstleister organisiert werden.

Der vergleichsweise hohe Ressourcenverbrauch im Zusammenhang mit der Lebensmittelversorgung Europas hat zum einen ebenfalls mit einer enormen Verschwendung zu tun. Nach diversen Studien landen bis zu einem Drittel der Nahrungsmittel im Müll. Zum anderen sind die Ernährungspräferenzen zugunsten eines hohen Anteils an Fleisch und anderen Tierprodukten dafür verantwortlich. Die zum Teil sogar der Gesundheit abträglichen Gewohnheiten sind aber nicht nur angesichts vieler hungernder Menschen bedenklich, sie vereiteln auch ein humanes Bemühen um eine der jeweiligen Art einigermaßen gerechte Behandlung, denn die Größenordnung der momentanen Massenhaltung kann trotz aller Technik niemals adäquat auf die Bedürfnisse der Tiere eingehen, da dies sowohl hinsichtlich des Aufwandes als auch des Flächenbedarfes jeden Rahmen sprengen würde. (Tierethik gründet übrigens in einem erweiterten Humanismus, von Katzen kann keine „mausgerechte“ Behandlung von Mäusen erwartet werden. Umgekehrt wirkt unser Verhalten gegenüber Tieren auch auf die Gesellschaft zurück und die eigentlich tierquälerischen Züchtungen von Hochleistungsrassen sowie deren durch-rationalisierte ausschließlich an wirtschaftliche Überlegungen orientierte Haltung könnten irgendwann zum Vorläufermodell einer entsprechenden zukünftigen Menschenzüchtung und -haltung werden.) Angesichts des in der Wildnis geltenden „Gesetzes von Fressen und Gefressen-werden“ halte ich persönlich die Nutzung von Tieren trotzdem solange für vertretbar, als wir diesen Wesen ein einigermaßen befriedigendes Dasein sowie ein schmerz- und angstfreies Ende ermöglichen. Sicherlich werden hier manche aus durchaus diskussionswürdigen Gründen anderer Ansicht sein. Klar ist jedoch, dass ein höherer Tierschutz eine Bestandsreduktion verlangt und für die Konsumenten mit erheblich höheren Preisen verbunden ist.

In der Praxis erfordert nicht nur der Tierschutz eine zahlenmäßige Beschränkungen, sondern auch Überlegungen im Zusammenhang mit internationaler Fairness und ökologischer Nachhaltigkeit. Der Import von Eiweißfuttermitteln aus Lateinamerika aber auch Afrika in die reichen Länder des Nordens zur Versorgung der oft unwürdigen Tierfabriken ist für einen erheblichen Anteil der Zerstörung von auch für das Weltklima wichtigen Urwäldern verantwortlich und gefährdet außerdem die Lebensmittelversorgung vieler Menschen. Der gewaltige Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden aus der chemischen Agroindustrie, welche nicht einmal europäischen Standards genügen, ist nicht nur von einem entsprechend großen Energieeinsatz aus fossilen Rohstoffen begleitet, sondern hat auch langfristige ökologische und gesundheitlich bedenkliche Kontaminationen zur Folge. Daneben bringt eine vielfach notwendige Bewässerung oft die Wasserversorgung breiter Bevölkerungsschichten aber auch sensibler natürlicher oder naturnaher Ökosysteme ins Wanken.

Die momentane Agrarpolitik der europäischen Union subventioniert einen in vielen benachteiligten Teilen dieser Welt lokale kleinbäuerliche Strukturen zerstörenden Export aus der in mehrerer Hinsicht fragwürdigen sogenannten konventionellen Überproduktion statt eine einigermaßen biologisch

nachhaltige regionale Versorgung im Sinne der in den letzten Jahren von verschiedenen NGOs geforderten Ernährungssouveränität bei uns selbst zu fördern.

6 Medien

Eine noch so gute Erhöhung der technischen Produktlebensdauer bringt nichts, wenn ein Großteil der Gütern allein aufgrund der Verlockungen durch Marketingabteilungen, sei es in Form geschickt lancierter Modetrends oder sonstiger psychologisch ausgefeilter Werbung, durch neue ersetzt wird.

Eigentlich sollte Anti-Konsumwerbung die möglichst lange Nutzung von Gegenständen mit der Patina diverser Gebrauchsspuren und Reparaturnarben zu etwas Erstrebenswertem machen, mit dem man vor dem Nachbarn punkten kann. So sollte der sogenannte Geltungskonsum eingedämmt werden.

Marketing, das über möglichst sachliche Information hinausgeht, sollte dagegen durch massive Kritik und öffentliche Hinterfragung diskreditiert werden. Guter Journalismus sollte nicht nur Wähler an der Urne sondern auch wählende Konsumenten in kritisch unabhängiger Weise beratend unterstützen.

Wie ein ausgewogener politischer Wettbewerb erfordern funktionierende Märkte hinreichend aufgeklärte Teilnehmer und genügend Transparenz. Bei der Bewertung der Nachhaltigkeit braucht es daher die bereits erwähnten öffentlich finanzierten unabhängigen gemeinnützigen Nichtregierungsorganisationen zur Orientierung, die verschärften Anti-Korruptionsbestimmungen unterliegen sollen und deren Veröffentlichungen einer dem Verbraucherschutz besonders verpflichteten Rechtsprechung standhalten müssen. Darüber hinaus haben sie durch faire Berücksichtigung aller relevanten Anbieter einen ausreichenden Überblick sicherzustellen.

Die journalistische Freiheit ist gegenwärtig durch die Abhängigkeit der Medien von Werbeeinnahmen extrem korrumpiert. Nicht nur in Gratiszeitungen findet sich oft als Artikel getarnte Konsumpropaganda, ganz zu schweigen von der Anbiederung an politische Interessen zahlungskräftiger Inserenten. Daher ist im Sektor der sogenannten vierten Gewalt eine Neuaufstellung der Finanzierung aus Abonnements und öffentlichen Zuschüssen angebracht. Letztlich zahlen die Konsumenten derzeit über höhere Produktpreise die in der Regel zumindest teilweise werbefinanzierten Medien indirekt und dazu noch die ganze Manipulationsmaschinerie der Marketingbranche, um letztlich mit einer Meinungsmache im Sinne einer Minderheit abgespeist zu werden.

Ähnliche Überlegungen verlangen auch eine Änderung der Eigentümerstruktur dieses demokratiepolitisch sehr sensiblen Bereichs. Medien sollten ab einer gewissen Reichweite entweder als öffentlich-rechtliche Institutionen oder als spezielle gemeinnützige Genossenschaften (mit Regeln, die den Einfluss einzelner insbesondere finanzkräftiger Gruppen begrenzen) organisiert sein müssen. Im Übrigen sollten auch Internetsuchmaschinen und neue soziale Medien in dieser Form gestaltet sein.

7 Die Finanzierung des staatlichen Gemeinwesens

Die Wirtschaft dient in erster Linie der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen und nicht der „Schaffung von Arbeit“. Eine humane Gestaltung der Arbeitsplätze und eine gerechte Verteilung der Lasten aber auch der Partizipationsmöglichkeiten in einer Gesellschaft sind natürlich trotzdem vernünftige Ziele einer „Beschäftigungspolitik“. Ich würde in diesem Zusammenhang allerdings lieber von „Arbeitsaufteilungspolitik“ sprechen, da damit eine Konnotation im Sinne einer „Beschäftigungstherapie“ für die Bevölkerungsmasse, die in manchen Kreisen wohl im Hinterkopf mitschwingen dürfte, zurückgedrängt würde.

Wenn aber die Binnennachfrage, sprich der Konsum, nur deshalb „angekurbelt“ werden muss, damit der Sozialstaat finanzierbar bleibt und die Arbeitslosigkeit nicht explodiert, dann stimmt etwas nicht, und zwar mit dem gesamten System der Ressourcenallokation auf politisch volkswirtschaftlicher Ebene.

Wäre der Arbeitsmarkt Europas nicht in unnötigem Ausmaß einem inneren und internationalen Dumping-Standortwettbewerb ausgesetzt, könnte bei einem Produktionsüberschuss die Arbeit gegebenenfalls auch durch Arbeitszeitverkürzungen besser verteilt werden, anstatt einen sinnlosen Mehrverbrauch rein zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu induzieren. Allerdings würde die schon erwähnte Umstellung auf fairen Welthandel die zu erbringende Gegenleistung für Importe stark erhöhen, so dass in nächster Zeit keine größere Verringerung des Arbeitsvolumens in Europa zu erwarten wäre. Im Übrigen ist es jetzt so, dass die Exportwirtschaft und der importierende Handel indirekt subventioniert wird, indem der Staat die Sozialkosten des Arbeitskräftereservoirs (welches durchaus die Erpressbarkeit der nicht-selbständig Beschäftigten erhöht) in Form des Arbeitslosengeldes teilweise durch Schulden trägt, die über jene Anleihen finanziert werden, in die das in privaten Händen angehäuften Kapital fließt. Dem Handel wird dadurch für das globalisierte Kapital quasi kostenlose zusätzliche Kaufkraft zur Verfügung gestellt, da das Geld in den Anleihen im Gegensatz zu Löhnen und Steuern irgendwann zurückgefordert werden kann. So wird die ungleiche Vermögensverteilung auch auf diese Weise gefördert und das Gemeinwesen in Zukunft allmählich einer privaten Minderheit ausgeliefert, was man in Steuergerechtigkeitsdebatten durchaus einmal erwähnen könnte.

Da die Einkünfte des Staates zu einem Großteil auf Lohn- und Umsatzsteuern basieren, welche mit einer in der Mehrzahl auch Ressourcen verbrauchenden Erstellung von Produkten und Dienstleistungen verbunden sind, muss er im Rahmen der derzeit vorherrschenden Politik zur Finanzierung seiner Leistungen für einen hohen Umsatz in der Wirtschaft sorgen. Eigentlich müssten ja durch länger haltbare Güter und/oder den Verzicht auf nur durch (Werbe-) Manipulation hervorgerufene Begehrlichkeiten Arbeitskapazitäten zur Pflege von Alten und Kranken, zur Kindererziehung etc. frei werden. Innerhalb der gegenwärtigen Wachstumsdoktrin ist der Staat dagegen gezwungen, den Konsum um jeden Preis anzukurbeln, damit „Brosamen“ für gesellschaftlich Notwendiges abfallen, auch wenn der damit verbundenen Verbrauch langfristig im Hinblick auf globale Rohstoffkonflikte oder der Stabilität lebenserhaltender Ökosysteme quasi selbstmörderisch ist.

Daher sollte im Falle von Wohlstandssättigungsphänomenen, wie bereits gesagt, der Arbeitsmarkt durch an die Lage reversibel anpassbare Arbeitszeitkürzungen entlastet und die Staatseinnahmen durch eine gleichzeitige, sozial verträglich gestaltete Erhöhung von Steuersätzen auf dem notwendigen Niveau gehalten werden. Wenn Menschen mit allem, was sie brauchen, mehr als ausreichend versorgt sind, dann kann man ihnen zumuten, einen größeren Anteil vom erwirtschafteten Einkommen (oder auch übermäßig angehäuften Vermögen) für die Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.

Natürlich darf nicht jeder Einbruch der Wirtschaftsleistung durch Steuererhöhungen kompensiert werden, da sonst eine Abwärtsspirale, die die Versorgung der Bevölkerung gefährdet, in Gang kommen kann. Man denke nur an die große Wirtschaftskrise in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die zu Faschismus und Krieg geführt hat. Andererseits hat das deutsche Lastenausgleichsgesetz nach dem zweiten Weltkrieg gezeigt, dass man von Vermögenden einen Beitrag verlangen kann, ohne eine wirtschaftliche Entwicklung zu beeinträchtigen. Es muss von der Politik immer wieder neu anhand der Gegebenheiten in einem gesellschaftlichen Diskurs ausgehandelt werden, inwieweit die Versorgungssituation verschiedener Bevölkerungsgruppen ein Zurückfahren des jeweiligen Konsumvolumens im Interesse der Umwelt und aus Solidarität mit ärmeren Regionen bzw. zukünftigen Generationen erlaubt. Es wäre töricht, hierfür einen allgemeingültigen Algorithmus vorzuschlagen.

Längerfristige Staatsverschuldung stellt eine Belastung des Gemeinwesens künftiger Generationen dar, und ist zu meiden. Für relativ kurze Fristen soll es möglich sein, bei der Zentralbank zinslose Darlehen aufzunehmen, wobei größere Staaten und Teilnehmer an Währungsgemeinschaften im Hinblick auf mögliche Volumina klar im Vorteil sind, weshalb längerfristig eine Reform von IWF und Weltbank anzustreben ist. Akteure auf den Finanzmärkten sollen gefälligst Steuern (etwa im Rahmen eines neuen Lastenausgleichsgesetzes) abliefern, falls sie überschüssiges Geld zum Kauf von Staatsanleihen haben, welches sie sonst nicht sinnvoll investieren können. Es ist ein Witz, wie sich die globale Vermögensungleichheit in den letzten Dekaden entwickelt hat, nicht zuletzt auch mit Hilfe ausgeklügelter Steuervermeidungstricks.

Obgleich ein „deficit spending“ von Keynes ursprünglich nur zum Ausgleich schwerer konjunktureller Einbrüche vorgesehen war, fordern „linke“ Proponenten oftmals eine langfristige Ausweitung der Staatsverschuldung mit dem Argument, dass öffentliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur etc. zukünftigen Generationen zu Gute kommen würden. Dies ist allerdings insofern problematisch, als deren Präferenzen nicht adäquat berücksichtigt werden können. Ist der weitere Ausbau des Straßennetzes inklusive der damit verbundenen Flächenversiegelung, die Erhaltung von Fluglinien, deren Existenz durch die Pandemie 2020 gefährdet wird, in ihrer momentanen Größe usw. wirklich im Interesse unserer Nachkommen? Jede Generation bindet nachfolgende durch ihre sonstigen Entscheidungen bereits mehr als genug. Man denke an aufgebrauchte Ressourcen, Erderwärmung, Hinterlassenschaften wie Atommüll etc. Außerdem halten z. B. moderne Stahlbetonbauten bei weitem nicht so lange wie frühere größere Gebäude und werden viel schneller zum aufwendigen Sanierungsfall. Da braucht es nicht auch noch alte öffentliche Schulden. Im Privatbereich kann ein Erbe ausgeschlagen werden, wenn die Passiva die Aktiva übersteigen. Wie man in vielen überschuldeten Ländern gerade auch im sogenannten globalen Süden sieht, ist die Abwälzung ererbter unvernünftig eingegangener Kredite bei Staaten ungleich schwieriger und vom Entgegenkommen der Gläubiger abhängig, selbst im Falle eines Übergangs von einer Militärdiktatur zur Demokratie.

In der Geldpolitik wäre längerfristig gesehen, die Option einer Vollgeldreform zu prüfen, da diese einer Postwachstumsökonomie in verschiedenen Aspekten vielleicht ein bisschen besser entspricht.

8 Sogenanntes geistiges Eigentum

Das Konzept eines „geistiges Eigentum“ als exklusives Nutzungsrecht mit der Möglichkeit zur völlig willkürlichen Lizenzvergabe bzw. -verweigerung ist schon vom Prinzip her falsch. Das hoheitlich geschützte Privileg wird regelmäßig damit gerechtfertigt, dass dadurch Anreize für eine schöpferische Tätigkeit zum Wohle aller gesetzt würden bzw. den involvierten Personen überhaupt erst ein fairer Lebensunterhalt ermöglicht werde, der ihnen die Erbringung solcher Leistungen erlaubt. In den letzten Dekaden ist das Ganze jedoch zu einem Unwesen verkommen, mit der durchaus gängigen Praxis, derartige Rechte zur Blockade zu nutzen, etwa um eine eigene schon vorhandene Marktdominanz zu schützen und den Eintritt von neuen (kleineren) Mitbewerbern zu verhindern. Viele der oft gepriesenen „Start-Ups“ werden von Konzernen aufgekauft, damit man ihre Ideen in Schubladen verschwinden lassen oder zumindest den eigenen Marktstrategien unterordnen kann. Hier wird Kreativität und Wissenstransfer gehemmt und Mono- oder Oligopolbildung begünstigt, was eigentlich nicht im Sinne der Allgemeinheit sein kann.

Nun soll Erfindern und Urhebern ihre Leistung angemessen (durchaus großzügig aber nicht ohne die Verhältnismäßigkeit aus den Augen zu verlieren) abgegolten werden. Allerdings soll die Verwaltung von Lizenzvergaben und die Einhebung von Gebühren von einer unabhängigen (europarechtlich verankerten) Behörde durchgeführt werden, wobei die Höhe in einem speziellen Gerichtsverfahren festgelegt wird.

Bei wesentlichen Änderungen der Beurteilungsgrundlage soll sowohl vom Rechteinhaber als auch von einem tatsächlichen oder potentiellen Lizenznehmer ein Änderungsantrag eingebracht werden können. Im Falle der Ablehnung hat der Antragssteller die Bearbeitungskosten zu tragen, im Falle der Stattgabe wird im Verfahren darüber entschieden, wobei bei Erhöhungen der Gebühr wie bei der Erstanmeldung in der Regel der Rechteinhaber zu zahlen hat. Inflationsanpassungen sollen jedoch automatisch erfolgen. Die behördlich festgesetzte Lizenzgebühr soll so formuliert sein, dass sie sich automatisch immer auch am Ausmaß der Nutzung eines Verfahrens oder Werkes bzw. an Produktionszahlen orientiert, sodass kleine Firmen durch keine unverhältnismäßigen Hürden benachteiligt werden. Grundsätzlich soll dabei ein Diskriminierungsverbot gelten und für alle die jeweils gerade gültigen gleichen Berechnungsmodalitäten gelten. Es soll jedoch möglich sein, gemeinnützigen Organisationen und Unternehmen oder solchen aus benachteiligten Regionen der Welt, eine vergünstigte oder kostenlose Nutzung eventuell unter gewissen Einschränkungen zu erlauben. Generell sollte auf ein faires Maß zurückgestutzt werden, indem z. B. sogenannte Trivialpatente geringer Schöpfungshöhe abgewiesen werden bzw. im Zweifelsfall nur eine entsprechend geringe kürzer befristete Abfindung zugesprochen bekommen.

Man könnte nun einwenden, dass behördlich in einem Verfahren festgelegte Gebühren dem Prinzip einer Marktwirtschaft, wo sich der Preis nach Angebot und Nachfrage richtet, widersprechen. Es ist jedoch dagegen zu halten, dass der Rechteinhaber ja ein ihm vom Staat oder im Falle der EU von der Staatengemeinschaft gewährtes Privileg in Anspruch nimmt, das im bisherigen System Monopole verursacht, welche die Marktmechanismen ohnehin weitgehend außer Kraft setzen. Außerdem wurden bei Verletzungen auch bisher teilweise in Gerichtsverfahren Entschädigungshöhen festgelegt.

Für die Veröffentlichung von Werken, die nicht dem Patent- sondern dem Urheberrecht unterliegen soll es Pauschalsätze in verschiedenen Kategorien und anhand verschiedener Kriterien geben, wie etwa die Länge eines Textes oder Filmes usw. Ein Verfahren soll es nur geben, wenn der Rechteinhaber eine Abweichung davon wünscht. Ein Verzicht oder teilweiser Verzicht z. B. in Form einer Creative Commons Lizenz soll jedoch kostenlos und völlig unbürokratisch möglich sein.

Es ist nicht einzusehen, dass die Nachkommen eines bedeutenden Schriftstellers, Musikers etc. ohne eigene Leistung unlimitiert bis 70 Jahre nach dessen Tod abkassieren, während die Nachkommen eines hart arbeitenden Bauarbeiters, einer guten Ärztin etc. sich mit einem Erbe, das eventuellen Ersparnissen aus deren Einkommen entspringt, begnügen müssen. Als Diskussionsgrundlage für eine Urheberrechtsnovelle könnte etwa Zeitraum von 40 bis 50 Jahre nach Veröffentlichung dienen, was immer noch sehr viel länger als Patentlaufzeiten wäre.

Sortenschutz oder Patente auf Lebewesen sind abzuschaffen. Die Generierung neuer Organismen und deren Einbringen in die Umwelt, auch mittels neuer gentechnologischer Methoden soll dem rein kommerziellen Bereich entzogen werden, nicht zuletzt weil diese oft auch mit enormen Risiken für bestehende Ökosysteme verbunden sind. Die im Zuge des Klimawandels sicherlich notwendige Weiterentwicklung soll von staatlichen und supranationalen wissenschaftlichen Non-Profit-Organisationen durchgeführt werden. Nach ausgiebigen Sicherheitsprüfungen sollen angepasste Züchtungen der Allgemeinheit frei zur Verfügung stehen.

Technischen Richtlinien und Normen sollten wie vielfach schon jetzt Gesetzestexte im Netz allen kostenfrei zugänglich sein. Die Kostenpflichtigkeit stellt nämlich ebenfalls eine Hürde und Benachteiligung von KMUs gegenüber großen Unternehmen dar.

Dem Konzept proprietärer Software sowie jenem privater Cloud-Lösungen auf Basis intransparenter Algorithmen soll durch EU-Projekte, die Alternativen mit Open Source Lizenzen fördern, das Wasser abgegraben werden, wie im Abschnitt „Demokratiefreundliche Digitalisierung“ näher ausgeführt wird.

9 Vermögensverhältnisse

Vermögen erlauben oft nicht nur eine gewisse Ausweitung von Freiheiten in der persönlichen Lebensgestaltung, sondern sind in durchaus erheblichem Ausmaß mit vermehrten politischen Partizipationsmöglichkeiten verbunden. Diese Umstände sind nicht nur im Hinblick auf die Finanzierung des Gemeinwesens von Bedeutung, wo Bessergestellten im Allgemeinen ein höherer Beitrag zugemutet werden kann, sondern auch in Bezug auf die Vermeidung eines letztlich irgendwann politisch gefährlich werdenden Machtgefälles. Es geht also nicht allein um die Abdeckung öffentlicher Ausgaben, sondern auch um die Eindämmung von extremer, demokratische Prinzipien untergrabender Ungleichheit, selbst wenn nach Abzug des Einhebungsaufwandes relativ unbedeutende Einnahmen für das Staatsbudget damit verbunden wären, weil z. B. die Zahl der Betroffenen sehr gering ist.

Das Leben – oder soll man sagen das Schicksal – ist letztlich ungerecht und staatliche Maßnahmen können diese Tatsache nicht gänzlich aus der Welt schaffen. Da jedoch der überwiegende Teil außerordentlich hoher Vermögen auf großzügigen Erbschaften und Schenkungen basiert, sollten alle derartigen Begünstigungen im Laufe des Lebens für jede Person in einem Konto erfasst und ab einem ziemlich hohen Freibetrag progressiv so besteuert werden, dass eine inflationsbereinigt kumuliert berechnete Abgabenhöhe schließlich im Extremfall ab einem gewissen Punkt bei praktisch 100% liegt, wobei auch ausländische Vermögen mitzuberücksichtigen sind.

Bei der Weitergabe von kleinen oder mittleren Unternehmen (Stichwort Familienbetriebe) soll es zusätzliche Vergünstigungen geben, damit es im Zuge eines Generationenwechsels nicht zur Gefährdung der Eigenständigkeit von KMUs und damit zu unerwünschten Konzentrationseffekten am Markt kommt, allerdings unter der Auflage, dass diese bei Veräußerungen zu einem späteren Zeitpunkt nachbesteuert werden. Bei der Weitergabe von Wohnbauten, die über den Eigenbedarf hinausgehen, soll eine anstehende Sanierung, auch um diese energieeffizienter oder altersgerechter zu machen, Berücksichtigung finden, sofern Mieter von der Kostenersparnis entsprechend profitieren.

Einkünfte aus Gewinnentnahmen, Mieten, Pacht- und sonstigen Kapitalerträgen sind jedoch genauso wie Lohnneinkommen und gemeinsam mit diesen progressiv zu besteuern. Soweit ihnen keine wirkliche persönliche Leistung gegenüber steht, sollten Regulierungen getroffen werden, die solche Einkünfte ab einem durchschnittlichen Gesamteinkommen im Normalfall nahezu auf eine Werterhaltung begrenzen (Inflationsabgeltung, Entschädigung des Wertverluste durch Alterung bzw. angemessene Rücklagen zur Instandhaltung und Renovierung, Versicherungskosten etc.). Die Höhe von Bankkreditzinsen hat sich an den realistischen Verwaltungskosten der Banken und vernünftiger versicherungsmathematischer Risikoabdeckung zu orientieren.

Persönliche Anstrengung und Leistung, aber auch einstweiliger Konsumverzicht zur Ermöglichung späterer Ziele soll durchaus gefördert werden, soweit die Allgemeinheit als Ganze ebenso davon profitiert. Aber dem Ehrgeiz sind zum Schutz gegen der Erlangung von allzu viel Macht und Einfluss Grenzen zu setzen. Überdies spielt gerade ab gewissen Dimensionen vielleicht Klugheit oft aber auch bei genauerer Betrachtung weniger hehre Schlaueit oder Glück eine wesentlich wichtigere Rolle bei der Erlangung hoher Einkommen und Vermögen als der persönliche Schweiß. Um Fairness und Verhältnismäßigkeit bei wirtschaftlicher Macht zumindest ein Stück weit zu wahren, sollte es daher für das Vermögen in den Händen einer Person oder Familie generell und nicht nur bei Übertragungen eine absolute Obergrenze geben, die nicht überschritten werden darf.

Eine weitere Maßnahme zur Begrenzung der Akkumulationstendenzen beim Kapital wäre eventuell eine Progression bei der Körperschaftssteuer, wobei man sich allerdings Maßnahmen zur Vermeidung von Umgehungskonstruktionen überlegen müsste. Außerdem sind die gesellschaftlich als günstig zu

betrachtenden Größenbegrenzungen bei Unternehmen vermutlich von verschiedenen Faktoren wie etwa der Branche usw. abhängig.

Der Handel mit Unternehmensanteilen ist durch Mindesthaltefristen zu begrenzen. An diese Fristen soll sich ein Zeitraum anschließen, in der eine langsam fallende Pönale als Sondersteuer anfällt. Freiwillige vertragliche Verpflichtungen zu längeren Beteiligungen sollen in die Erhöhung eines Faktor zur Berechnung der Stimmverhältnisse bei Eigentümersammlungen eingehen, denn wer sich länger an ein Unternehmen bindet, soll bei strategischen Entscheidungen mehr Gewicht haben. Damit soll das ständige bloße Schielen auf die nächsten Quartalszahlen oder die kurzfristige Kursentwicklung vermindert und eine verantwortungsvollere Haltung gegenüber der Zukunft gefördert werden.

Die Verpflichtung zu einem Aufsichtsrat unter Beteiligung des Betriebsrates sollte deutlich verschärft und auch sonst die Einbindung der Belegschaft in Entscheidungen erhöht werden.

Ein erneuertes strenges Kartellrecht soll bestehende Marktdominanzen durch Zerschlagung aufheben. Natürliche oder sinnvolle Monopole müssen entweder direkter öffentlicher Kontrolle unterliegen oder als spezielle gemeinnützige Genossenschaften geführt werden. Wesentliche Infrastruktur ist als Allmende zu organisieren.

10 Demokratiefreundliche Digitalisierung

Die Digitalisierung der letzten Dekaden hat zu bedenklichen Machtkonzentrationen geführt, und zwar nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht sondern auch im Hinblick auf die Einflussnahme- oder Manipulationsmöglichkeiten im gesellschaftlich politischen Diskurs.

Das Konzept proprietärer Software führt dazu, dass neue Dienstleister gegenüber einmal etablierten Großanbietern kaum eine Chance haben, auch wenn sie innovative Ideen zur Weiterentwicklung hätten. Während bei Erfindungen sogar nach momentaner Gesetzeslage zumindest nach Ablauf der Patente, die Möglichkeit besteht, auf dem bisher Erreichten aufzubauen, versuchen Softwarekonzerne dauerhafte Mono- oder zumindest Oligopole einzurichten. Außerdem kann, was etwa den Datenschutz betrifft, nicht immer nachvollzogen werden, ob und wie gut dieser etwa von einem Betriebssystem gewährleistet wird. Es ist oft erstaunlich, welche Datenmengen z. B. im Zuge der Updatefunktion an Hersteller gesendet werden. Es gibt EDV-Spezialisten die manche Systeme überhaupt als Spionagesoftware im Hinblick auf das Nutzerverhalten einstufen. Zudem trägt die Notwendigkeit von Sicherheitsupdates im Falle einer Netzanbindung zur vorzeitigen Obsoleszenz bei, da alte Hardware im Zuge dessen oft ohne ersichtlichen Grund spürbar langsamer wird. Nach Ende des Supports gibt es häufig in der Nachfolgeversion keine passenden Treiber mehr. Beim Betriebssystem kann sich die vorzeitige Veralterung auch auf Software beziehen, die nicht mehr unterstützt wird. Ist der Quellcode nicht zugänglich, besteht keine Möglichkeit der Adaption, sodass man dem „good will“ der Hersteller ausgeliefert ist.

Das Konzept einer transparenten und frei modifizierbaren Open Source Software kann hier viele Schwierigkeiten von vorne herein vermeiden. Es gibt dabei jedoch das Problem hinsichtlich der Sicherung eines Lebensunterhaltes der Programmierer. Die Abhängigkeit von Großspendern, die interessanterweise zum Teil aus dem proprietären Bereich kommen, zeigt manchmal schon gefährliche Einflussnahmeversuche auf die existierende Open Source Szene. Deshalb scheint eine Förderung durch die Allgemeinheit dringend angebracht.

Die öffentliche Beschaffung von neuer Software sollte ehe baldigst nur noch auf Basis von Open-Source Lizenzen mit möglichst übersichtlichem, gut gepflegtem und dokumentiertem Code erfolgen. Die Bereitstellung und Pflege der Software soll als Dienstleistung in regelmäßigen Abständen neu

ausgeschrieben werden. Bei entsprechender Quellcodequalität kann ein Anbieterwechsel erfolgen, ohne dass ein System komplett umgestellt werden muss.

Offene Betriebssysteme, Office-Anwendungen und andere Software (Buchhaltung und sonstige ERP-Anwendungen, CAD-CAM etc.) für Betriebe und Verwaltung sollen mittels EU-Projekten weiterentwickelt und allen zur Verfügung gestellt werden. Dies würde Digitalisierungsnachteile bei vielen kleineren und mittleren Unternehmen verringern. Außerdem könnten die Programme in Form von Entwicklungshilfe-Projekten an die Bedürfnisse von Entwicklungsländern angepasst werden.

Ein ganz wichtiges Thema im Zusammenhang mit der Digitalisierung ist die Gefahr des Abgleitens in einen technokratischen Überwachungstotalitarismus oder eine maschinell gestützte Massenmanipulation. In diesem Zusammenhang wäre die Offenlegung der Algorithmen bei Suchmaschinen oder der Anzeige von Inhalten auf sogenannten „Sozialen Medien“ entscheidend. Die politische Manipulation durch unterschiedliche Sichtbarkeit und die beobachtete Filterblasenwirkung muss ein Thema bei Überlegungen zu einer künftigen Gestaltung sein. Außerdem sollte es hier wie bei den klassischen Medien zu einer Trennung der Finanzierung von der Konsumwerbung kommen. Dabei würde sich wie bei den übrigen Medien die Finanzierung über eine Kostenbeteiligung der Nutzer unter zusätzlicher Stützung durch öffentliche Förderungen auf europäischer Ebene anbieten. (Wieder sollte man nicht vergessen, dass der Durchschnittskonsument derzeit über höhere Produktpreise, welche die Marketingkosten beinhalten, bezahlt. Die Ausdrucksweise, man bezahle mit seinen Daten, ist verkürzt, auch wenn dies auf ein zusätzliches Problem verweist, denn Google und Co verdienen reales Werbegeld, das letztlich statistisch gesehen über Umwege von den Nutzern stammt.) Ein Teil der Entgelte etwa für eine transparente demokratiefreundliche Suchmaschineninfrastruktur könnte durch eine Abgabe, die über den Provider abgerechnet wird, erfolgen. Für kurzfristigen Online Medienzugriff und kleine Einkäufe sollte darüber hinaus eine europaweit standardisierte anonyme Zahlungsmöglichkeit geschaffen werden, die sich aus Prepaid-Bons speist, welche auf kleine Beträge limitiert sind.

Die Organisationsform von Suchmaschinen oder „Sozialen Medien“ sollte Transparenz und demokratische Kontrolle ermöglichen, allerdings unabhängig von der übrigen Politik, etwa durch einen speziellen gewählten europäischen Internetmedienaufsichtsrat, der der Sicherung der Meinungsfreiheit und -vielfalt einerseits und einem strengen Datenschutz andererseits verpflichtet ist. Die Betreiber der Infrastruktur sollten einer kritischen Öffentlichkeit z. B. Vertreten durch NGOs jederzeit Rechenschaft über die Einhaltung dieser Grundsätze ablegen können.

Bei der Vorantreibung der Digitalisierung ist stets eine Kosten-Nutzen-Abwägung vorzunehmen. Entwicklungen in eine Richtung wie beim derzeit entstehenden chinesischen „Sozialkreditsystem“ muss schon in kleinsten ersten Ansätzen entschieden entgegengetreten werden. Deshalb ist die Forderung nach Tracking-Apps im Zuge der Pandemie 2020 äußerst kritisch zu betrachten.

Die massive ständige Nutzung von Mobilgeräten (Smartphones) ist psychisch, bei jungen Menschen auch pädagogisch nicht unbedenklich, dazu kommt, dass die langfristigen Folgen der Strahlenbelastung auf die Gesundheit noch kaum einzuschätzen sind. Im Anbetracht dessen ist die Sinnhaftigkeit eines übereilten Ausbaus der Netze in Richtung 5G, der tausende zusätzliche Sender und erhebliche Sendeleistungssteigerungen erfordern würde, fragwürdig.

Würde man die Menschen durch Umgestaltung der „sozialen“ Medien, spezielle Kampagnen etc. zu sorgsameren Umgang bewegen, würden die derzeitigen Funkstandards in nächster Zeit völlig ausreichen. Sogar die extreme Ausweitung von Videokonferenzen während der Pandemie 2020 konnte irgendwie bewältigt werden. Stundenlange Übertragungen in HD-Qualität sind jedoch auch dabei in den meisten Fällen nur Ressourcenverschwendung, ganz zu schweigen vom Unsinn der sogenannten

Streaming-Dienste, wo der gleiche Inhalt manchmal sogar wiederholt an den selben Haushalt übertragen wird. Daneben könnte auch eine Popularisierung schlankeren Webdesigns den Bandbreitenbedarf deutlich senken, ohne dass den Endnutzern wirklich etwas fehlen würde. Noch mehr Einsparungen würde die Abkehr von der verbreiteten Werbefinanzierung bringen. Es gibt aber möglicherweise Regionen, wo ein weiterer Ausbau der Netzinfrastruktur insbesondere auch im Festnetzbereich sinnvoll erscheint.

Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Die Sinnhaftigkeit einer Ausweitung auf neue Anwendungsbereiche oder Produktgruppen sollte in einem offenen Diskurs unter Beachtung aller Implikationen (etwa in Bezug auf Sicherheit, Umwelt, etc.) stets kritisch hinterfragt werden.

11 Sozialstaat

Eine öffentliche der gesamten Bevölkerung in hinreichendem Maß zugängliche Gesundheits- und Altersversorgung ist, wie bereits diskutiert wurde, eine wesentliche Voraussetzung für den demographischen Übergang zu niedrigen Fertilitätsraten, da die Daseinsvorsorge nicht mehr an den eigenen Nachkommen hängt.

Es gibt jedoch darüber hinausgehend gute Gründe diese Säulen des Sozialstaates als öffentliches Monopol allenfalls mit extrem stark beschränktem Zusatzversicherungsbereich zu organisieren. Zum einen ist durch ein allgemeines solidarisches Versicherungsprinzip eine gerechte Lastenverteilung und gute Leistbarkeit am Besten garantiert. Zum anderen sind dadurch Medikamente, Operationstechniken und andere medizinische Verfahren durch ihre breite Anwendung besser evaluiert, sodass auch Wohlhabendere im Bedarfsfall profitieren. Stehen gewisse Mittel und Methoden nur Zusatzversicherten zur Verfügung, so bedeutet dies gleichzeitig, dass es einen geringeren Erfahrungsschatz über diese, etwa hinsichtlich seltener aber trotzdem bedeutsamer Nebenwirkungen, gibt.

In der Altersversorgung bringt das Kapitaldeckungssystem gegenüber einem Umlageverfahren bestenfalls den Vorteil, dass Erträge aus dem Ausland lukriert werden können. Dies wird angesichts von Verschiebungen in der Altersstruktur der Bevölkerung Europas als Vorteil genannt. Allerdings haben die meisten Volkswirtschaften mit jüngerer Durchschnittsbevölkerung einen enormen Aufholbedarf im Aufbau einer eigenen Infrastruktur und eines gewissen Wohlstandes, sodass es sich eigentlich moralisch verbietet, aus solchen Ländern Mittel abzuschöpfen. Ob dies in einigen Jahren oder gar Jahrzehnten überhaupt möglich sein würde, steht sowieso auf einem anderen Blatt. Wird die Versorgung der Alten nur innerhalb der Länder mit älterer Durchschnittsbevölkerung finanziert, so bringen private Versicherungsgesellschaften nur Mehrkosten in Form von Marketing, Dividendenausschüttungen an Aktionäre etc. Außerdem unterliegen Veranlagungen gewöhnlich den Risiken der Finanzmärkte. Unabhängig von der Art des Geldtransfers müssen ohne Nettozufluss aus dem Ausland, die Güter und Dienstleistungen für die Pensionierten (ebenso wie für die noch nicht arbeitenden jungen Menschen) direkt oder indirekt (durch Gegenleistungen ans Ausland) vom erwerbstätigen Bevölkerungsteil erarbeitet werden. Falls es unserer Gesellschaft mit ihrem Wohlstand und guter Infrastruktur nicht gelingt, die Probleme einer Verschiebung der Altersstruktur eigenständig zu lösen, wie sollen dann die Länder des sogenannten globalen Südens einen humanen Übergang zu einer nicht weiter wachsenden Bevölkerung schaffen? (Die selbe Frage stellt sich übrigens bei der manchmal zu hörenden Bemerkung, Zuwanderung sei für die Sicherung des Pensionssystems notwendig. Auch wenn dies zur Verteidigung der ethisch aus ganz anderen Gründen gebotenen humanitären Aufnahme von Flüchtlingen gut gemeint sein mag, wirklich durchdacht ist eine solche Aussage nicht.)

Wenn die Bildungschancen innerhalb einer Gesellschaft unabhängiger vom Einkommen der Eltern sind, erhöht dies die Wahrscheinlichkeit, dass verborgene Talente ihr Potential zum Nutzen der Gesamtgesellschaft, ja der ganzen Menschheit entfalten können. Für die Mittelschicht und sogar den kleineren Mittelstand sind öffentliche Bildungseinrichtungen auf hohem Niveau eine Absicherung vor dem Abstieg der nachfolgenden Generation. Was passiert, wenn dies nicht gewährleistet ist, sieht man zum Teil an den vielen wegen horrender Gebühren überschuldeten Absolventen in den USA.

Angesichts der riesigen Herausforderungen der Menschheit im Zusammenhang mit dem Klimawandel, dem Entstehung neuer Pathogene, bei denen bisherige Behandlungsstrategien nicht oder nicht mehr greifen, usw. ist die Förderung der kreativen Entfaltung möglichst vieler, vor allem aber der jungen Menschen ein wesentlicher Beitrag zur Erhöhung der Überlebenschancen unserer Spezies.

12 Abschluss

Wie man sieht, tendieren viele meiner Vorschläge in Richtung einer stark regulierten Wirtschaft. Derartiges wird von so manchem Liberalen als Bevormundung und Freiheitsentzug kritisiert. Ich möchte allerdings darauf verweisen, dass die derzeitige Entwicklung einer ungehemmten Kapitalakkumulation für die meisten Wirtschaftssubjekte zum Verlust ihrer Autonomie führt. Der ungebrochene Trend zu global agierenden Großunternehmen erhöht das Erpressungspotential sowohl der lokalen Politik als auch den Beschäftigten gegenüber. Außerdem gefährdet die Ausspionierung und gezielte Manipulation der breiten Bevölkerung durch monopolartige Konzerne die bürgerlichen Freiheiten. Die wirtschaftlichen Konzentrationsprozesse der letzten drei Dekaden haben das Prinzip eines freien Marktes unterminiert. Folgt man den Forderungen vieler neoliberaler Proponenten, so landen wir bei Oligo- und Monopolen, die sich jeglicher gesellschaftlichen Kontrolle entziehen. Darum bedeutet demokratisch legitimierte Regulierung, die das Gemeinwohl im Auge behält, in Wahrheit für die Mehrheit einen Zugewinn an Freiheit.

Andere wiederum mögen sich daran stoßen, dass die hier vorgestellten Konzepte ein relativ starkes Maß an Ungleichheit tolerieren. Es sollte jedoch bedacht werden, dass es in praktisch allen größeren Gesellschaften, die angeblich durch Kollektivierung etc. alle Klassenunterschiede beseitigen wollten, zur Ausbildung neuer Herrschaftsklassen kam, eine Erfahrung, die etwa George Orwell in seinem Werk „Animal Farm“ literarisch verarbeitet hat.

Historisch gesehen wurden allen, zum Teil sehr massiven, Unzulänglichkeiten zum Trotz die besten Resultate hinsichtlich des Wohlstandes breiterer Schichten und größter bürgerlicher Freiheiten im Rahmen einer regulierten Marktwirtschaft mit ausgleichendem Sozialstaat erzielt. Viele Errungenschaften beruhten aber zum Teil auf Ausbeutungen natürlicher Ressourcen und der Menschen im sogenannten globalen Süden. In der bisherigen Form ist das System nicht aufrecht zu erhalten. Wenn nicht rasch nachhaltige Reformen kommen, wird das 21. Jahrhundert Katastrophen erleben, die jene der Vergangenheit weit in den Schatten stellen. Die Toten werden dann nicht in hunderten Millionen sondern in Milliarden gezählt werden und am Ende wird ein technisch gestützter Totalitarismus stehen, der kaum jemanden, auch die wenigsten an der Spitze, glücklich machen wird.

Noch gibt es eine halbwegs vernünftige Chance für eine breite Elite, sich durch verantwortungsvolles Handeln und die Gewährung realistischer Aufstiegsmöglichkeiten von unten einerseits sowie die Absicherung vor dem Absturz ins Bodenlose im Falle eines Scheiterns andererseits in der Gesellschaft gut zu verankern. Daneben aber besteht vor allem die allmählich leider schwindende Hoffnung auf ein einigermaßen gutes Leben für viele, ja die meisten Menschen auf diesem Planeten. Wir sollten die Möglichkeiten nützen, bevor es zu spät ist.